

DIE JUGEND SÜDOST-EUROPAS FORDERT FAIRE ZUKUNFTSCHANCEN!

DIE FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (FES) VERÖFFENTLICHT WEGWEISENDE STUDIEN ÜBER DIE ERFAHRUNGEN UND HOFFUNGEN DER JUGENDLICHEN IN SÜDOSTEUROPA MIT BLICK AUF ZENTRALE SOZIOÖKONOMISCHE THEMEN.

EINE CHANCE FÜR EINE FUNDIERTE JUGENDPOLITIK

Anfang 2018 führte die FES eine repräsentative Umfrage unter mehr als 10.000 jungen Menschen im Alter von 14 bis 29 aus zehn Ländern Südosteuropas durch. Die zehn nationalen und eine regionale Studie enthalten eine Vielzahl politisch relevanter und wissenschaftlich vergleichbarer Daten zu Themen wie Migration, Beschäftigung und Bildung. Gleichzeitig werden politische Werte, Einstellungen und Überzeugungen der Jugendlichen in der Region sowie ihre Zukunftsperspektiven analysiert und damit die Grundlagen für eine an den Bedürfnissen der jungen Menschen orientierte Politikgestaltung geschaffen. Da es offensichtlich an Kanälen fehlt, über die sich Jugendliche in die Politik ihrer Heimatländer einbringen können, sind die Studien auch als Mittel gedacht, Jugendlichen Gehör bei Themen zu verschaffen, die für ihre Zukunft entscheidend sein könnten. Die Studien sowie die kompletten Datensätze stehen unter www.fes.de/jugendstudien-suedosteuropa zur Verfügung.

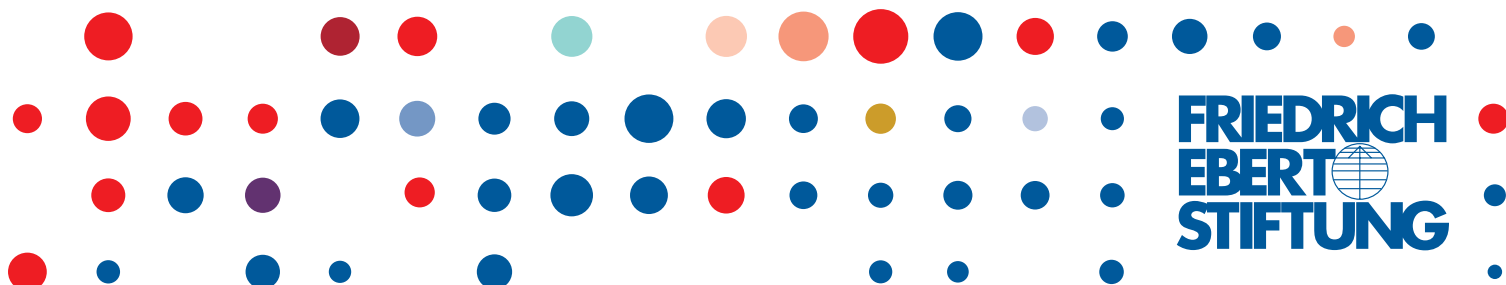
UNSICHERHEIT DAS DOMINIERENDE THEMA

Angesichts einer Jugendarbeitslosigkeit von zwischen 12 % und 43 %, bis zu einem Viertel bildungs- und berufsfernen Jugendlichen (sogenannten NEETs) und durchschnittlich 78 %, die sich Sorgen machen über mangelnde Arbeitsperspektiven, leben Jugendliche in Südosteuropa in einer „politischen Ökonomie der Unsicherheit“. In Montenegro und Serbien beträgt der Anteil atypisch Beschäftigter unter den insgesamt beschäftigten Jugendlichen 67 %. Zwischen einem Viertel und der Hälfte der Jugendlichen erklären, dass sie sich einen eigenen Hausstand unabhängig von den Eltern nicht leisten können.

Ganz im Sinne des globalen Trends eines *millennial socialism* fordern die Jugendlichen Chancengleichheit und eine gerechtere Wirtschaftsordnung, sprechen sich aber gleichzeitig für offene Märkte und unternehmerische Initiative aus. Die Jugend Südosteuropas will einen aktiven Sozialstaat, d. h. ein stabiles System demokratischer Regierungsführung, damit die wirtschaftliche und soziale Unsicherheit eingedämmt wird, die gegenwärtig alle Bereiche ihres Lebens durchdringt. Die Unterstützung eines solchen Staatsmodells ist erheblich größer unter Jugendlichen mit einem niedrigeren sozioökonomischen Status.

EUROPA, DIE LÖSUNG?

Die Jugendlichen Südosteuropas sind weitgehend proeuropäisch. Neben der allgemeinen Zustimmung zu einem aktiven Sozialstaat ist dies die Tendenz, die in den Umfragen am deutlichsten zum Vorschein kam. In der Region insgesamt setzt die Jugend größeres Vertrauen in die EU als in ihre eigenen nationalen Regierungen. Eine EU-Mitgliedschaft erfreut sich wachsender Beliebtheit unter einer Mehrheit, die sich zwischen 56 % in Serbien und 95 % in Albanien bewegt. Gleichwohl genießt die EU die höchste Wertschätzung unter Jugendlichen, deren europäische Identität weniger entwickelt ist – was auf einen gewissen Grad von Idealisierung der EU in den Nicht-Mitgliedsstaaten hinweist. Proeuropäische Einstellungen sind besonders ausgeprägt



bei Jugendlichen aus sozioökonomisch weniger entwickelten Ländern. Insgesamt schätzt man die EU weniger für ihre Werte als für den mit ihr assoziierten wirtschaftlichen Wohlstand.

WAHRNEHMUNG UND TOLERANZ VON KORRUPTION

Die Jugend in Südosteuropa hat durchaus durchschaut, wie Korruption den Fortschritt ausbremst. Neben Armut und sozialer Ungerechtigkeit wird Korruption als größte Sorge genannt; man nimmt sie in der gesamten Region als grassierende und ständig wachsende Plage vor allem im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt wahr. Kriterien unabhängig von der persönlichen Eignung oder Leistung wie z. B. eine passende Parteimitgliedschaft werden insbesondere in den sechs Ländern des Westlichen Balkans (WB-6) als sehr wichtig bei der Stellensuche genannt. Gleichzeitig gibt es jedoch auch eine ausgeprägte und seit 2008 erheblich gewachsene Toleranz gegenüber informellen Wirtschaftspraktiken wie Bestechung oder Steuerbetrug. Neben der Entwicklung im sozioökonomischen Bereich ist deshalb ein entschiedeneres Eintreten für die Umsetzung rechtstaatlicher Prinzipien erforderlich, um die Alltagskorruption zu bekämpfen.

ABLEHNUNG TRADITIONELLER FORMEN VON POLITIK

Überall in der Region zeigt die Jugend großes Interesse, an Wahlen teilzunehmen. Junge Menschen fühlen sich schlecht vertreten und wollen mehr Mitsprache. Gleichzeitig ist die überwältigende Mehrheit nicht an einem politischen Amt interessiert. Von 50 % in Mazedonien bis zu erschütternden 84 % in Bulgarien lehnt die Jugend traditionelle Formen der Politik ab. Trotz des ausgeprägten Desinteresses an der Parteipolitik besteht ein erhebliches Potenzial für nicht konventionelle politische Beteiligung, z. B. durch die Unterzeichnung von Online-Petitionen oder durch eine Teilnahme an Demonstrationen. Der fehlende Sozialstaat wird insbesondere von Jugendlichen an den äußersten Rändern des politischen Spektrums beklagt, was auf eine gewisse Anfälligkeit für populistische Ideen hinweist. Die Umfragedaten lassen sogar die Deutung zu, dass man zunehmend empfänglich wird für autokratische Führungsstrukturen als möglicherweise wirksameres Mittel zur Erlangung sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit.

DER WUNSCH DAZU ZU GEHÖREN

In Ermangelung vertrauenswürdiger Politik, sozialer Sicherheit und auch tatsächlicher Annäherung an die Europäische Union wendet sich die Jugend – zumindest in den WB-6 – zunehmend Traditionen und der Familie zu und weist einen engen Vertrauensradius sowie konservative kulturelle Werte auf. Erschreckenderweise leben die Schatten der Vergangenheit innerhalb der Familien weiter; ethnisch begründeter Nationalismus bleibt ein wesentlicher Teil der Weltsicht junger Menschen. Die Liste wird von Albanien und

Bulgarien angeführt, wo 58 % bzw. 65 % die Meinung vertreten, dass es sich am besten in einer mono-ethnischen Gesellschaft leben ließe. Die Befragten in sozioökonomisch weiter entwickelten Ländern weisen sehr viel weniger Nationalismus und sehr viel mehr Integrationsoffenheit gegenüber sozialen Randgruppen auf. Unsere Ergebnisse lassen vor allem für die WB-6 vermuten, dass die Wiederherstellung von Vertrauen – wenn schon nicht in die Politik, dann in eine europäische Perspektive und soziale Sicherheit – für langfristige Resilienz und sozialen Fortschritt Voraussetzung ist.

MOBILITÄT MUSS KEIN NULLSUMMENSPIEL SEIN

Der Wunsch zur Auswanderung wird von 26 % in Montenegro bis 43 % in Albanien geäußert. Diese Zahlen waren in den letzten fünf Jahren leicht rückläufig. Die stärkste Antriebskraft für eine Emigration sind prekäre Bedingungen und pessimistische Zukunftserwartungen für ihre Länder. Die Jugend aus den EU-Mitgliedsstaaten Kroatien, Slowenien, Bulgarien und Rumänien äußerten wesentlich weniger häufig den Wunsch, ihr Land zu verlassen – insbesondere auf lange Sicht. Dies lässt vermuten, dass die EU-Mitgliedschaft und eine bessere sozioökonomische Entwicklung eher von langfristiger Auswanderung abhalten und stattdessen die Jugendlichen zur Rückkehr oder zirkulärer Mobilität ermutigen. Trotz bestehender Mobilitätsprogramme haben nur wenige junge Menschen aus den WB-6 eine längere Zeit im Ausland verbracht. Unter denjenigen, die an entsprechenden Programmen teilgenommen haben, gibt es wesentlich weniger Unterstützung für nationalistische Ideen und ein sehr viel größeres Interesse an der Politik.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Friedrich-Ebert-Stiftung

Dialogue Southeast Europe

Kupreška 20 • 71 000 Sarajevo • Bosnia and Herzegovina

www.fes-southeasteurope.org

www.fes.de/jugendstudien-suedosteuropa

VERANTWORTLICH: Felix Henkel, Director,

Dialogue Southeast Europe

KONTAKT: martin.guettler@fes.de

GESTALTUNG: Andrea Schmidt • Typografie/im/Kontext

DATUM: 2019

WEITERE INFORMATIONEN UND ALLE FES JUGENDSTUDIEN FINDEN SIE HIER:

www.fes.de/jugendstudien-suedosteuropa

